

**Soldaten
der Terrormiliz
„Islamischer Staat“
im syrischen
Grenzgebiet**



Foto: picture alliance

RADIKALISIERUNG

Ein psychopathologisches Musterprofil gibt es nicht

Es sei höchste Zeit, sich dem Phänomen Radikalisierung und Extremismus aus psychiatrisch-psychotherapeutischer Perspektive zu nähern, um diesem entgegenwirken zu können, fordern die Psychiater. Die Zusammenhänge sind komplex.

Die Terroranschläge von Paris und auch alle anderen Morde der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) im Nahen Osten schockieren die Welt. Die Spirale extremistischer Gewalt scheint sich immer schneller zu drehen. Was sind die Ursachen für die Radikalisierung, diesem Phänomen, bei dem Einzelpersonen oder Gruppen zu einer extremen Überzeugung gelangen, die auch extreme Gewalttaten nach sich ziehen kann? Unter das sich Islamisten, Rechtsradikale ebenso wie die Pegida-Bewegung einordnen lassen. Wie entgleiten Menschen in den Extremismus?

Mit diesem Thema befassten sich Experten aus Medizin, Kirche und Politik bei einer Podiumsdiskussion auf dem Jahreskongress der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) Ende November in Berlin. Der große Hörsaal war übervoll – das Bedürfnis nach Erklärungen, die Psychiatrie und Psychotherapie liefern könnten, groß.

Die Experten waren sich einig, dass es kein psychopathologisches Muster-Profil eines Extremisten oder Terroristen gibt. „Der Reflex, Radikalismus allein auf die individuelle Pathologie der Täter zurückzuführen, greift zu kurz. Denn es gibt kein typisches Persönlichkeitsmuster, das es erlauben würde, die Täter frühzeitig zu identifizieren“, betonte Dr. med. Iris Hauth, Präsidentin der DGPPN. Vielmehr stünden dahinter vielschichtige individuelle, soziale, politische und religiöse Mechanismen.

Gefühlte Ausgeschlossenheit

„Radikalisierung ist vielmehr ein sozialer als ein individueller Prozess“, befand Priv.-Doz. Dr. med. Mazda Adli, Berlin. Entscheidend sei eher ein psychologisches Klima, in dem sich die Betroffenen befinden oder in dem sie aufgewachsen sind. Dieses werde geprägt durch das Gefühl, Opfer von Erniedrigung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit zu sein sowie einem polarisierten Weltbild. Radikalisierung

sei somit auch das Ergebnis von sozialem Ausschluss bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Segregation. „Wenn dann das Versprechen von Zugehörigkeit, Sinnstiftung und Selbstwirksamkeit durch extremistische Organisationen hinzukommt, entsteht das toxische Klima, das einer Radikalisierung Vorschub leistet“, erklärte Psychiater Adli.

Dennoch gibt es seiner Ansicht nach eine bestimmte Persönlichkeitsstruktur, die besonders anfällig ist für so ein toxisches Klima: „eine autoritätsaffine paranoide Persönlichkeit mit vermindertem Selbstwertgefühl und einer Neigung zur Polarisierung und Externalisierung“. Auch der Experte für forensische Psychiatrie, Prof. Dr. med. Henning Saß, Aachen, kann bestimmte Persönlichkeitsmerkmale beschreiben, die für das Erleben von Kränkung und reaktiver Aggressivität eine Rolle spielen: Egozentrismus, Rigidität, Sensitivität und paranoide Tendenzen. „Daraus können in einer charakteristischen Interaktion zwischen Persönlichkeit

und Milieu Radikalisierungen entstehen“, sagte Saß. Darüber hinaus beobachtet er auch „eine merkwürdige, suchtähnliche Suche nach Kampf und körperlicher Auseinandersetzung in Gruppenszenarien, verbunden mit einem Bedürfnis nach Erregung (sensation seeking) und Angstlust“.

Selbstwert über Entwertung von anderen

„Menschen, die sich ausgeschlossen fühlen, wollen sich durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe aufwerten“, betonte Prof. Dr. med. Dr. phil. Andreas Heinz, Berlin. Sie versuchten, den eigenen Selbstwert über die Entwertung anderer herzustellen. „Durch Paris sind wir mit irrationalen Terrorismus konfrontiert worden – auf Kosten der Menschlichkeit und des Lebens anderer“, sagte der Psychiater.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit arbeite mit Stereotypen, ergänzte Wolfgang Huber, Bischof a.D. und ehemaliger EKDRatsvorsitzender, Berlin. „Die Extremisten reduzieren die multiplen Identitäten einer Gruppe auf eines oder wenige Identitätsmerkmale und legitimieren damit Feindschaft.“ Dabei handele es sich um eine konfliktverschärfende und Gewalt fördernde „Identitätsfalle“, die niemandem gerecht werde.

Auch Verbitterung kann eine Rolle im Radikalisierungsprozess spielen. Denn „Verbitterung kann, wie Angst, sehr extrem werden und einen Teil der selbstzerstörerischen, aggressiven Handlungen durchaus erklären“, sagte Prof. Dr. med. Dipl.-Psych. Michael Linden, Berlin, der den Begriff der posttraumatische Verbitterungsstörung geprägt hat. Dem voraus gingen sehr große Verletzungen, also individuelle psychologische Prozesse. „Verbitterung betrifft den Einzelnen – Radikalisierung entsteht jedoch immer in Gruppen, somit sind die Zusammenhänge komplexer“, sagte er. Der ehemalige Bischof Huber zeigt sich überzeugt, dass Menschen die verbittert sind, von politischen Problemen angezogen werden können. Oftmals handele es sich jedoch um die „Imagination eines Konflikts“.

Als Beispiel führte er die Pegida-Bewegung an, die in Dresden ihren Ursprung hat: „Es herrscht Fremdenfeindlichkeit in Bundesländern, die kaum Fremde haben.“ Zunehmend nimmt Huber auch die Ausbildung extremer Positionen in der Mitte der Gesellschaft wahr: „Viele sind reich, alt und mutlos. Sie trauen sich den gesellschaftlichen Wandel, der auch mit den Flüchtlingen einhergeht, im Sinne von ‚wir schaffen das‘ nicht zu.“ Diese Angst vor der Zukunft würden sie auf selbst gewählte „Sündenböcke“ projizieren. „Sehr gefährlich“ sei zudem, ergänzte der Politiker und ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum, „dass die Politiker selbst ratlos sind, wie sie mit den zunehmenden Flüchtlingsströmen umgehen sollen“. Er ist der Ansicht: „Man darf Terroristen auf keinen Fall psychiatrisieren – das sind Mörder und Verbrecher.“

Psychiater Heinz holte die Diskussion noch weiter auf die politische Ebene: „Die Ursachen für die Angriffe auf Flüchtlingsheime, die täglich geschehen, basieren auf dem,

BERATUNG FÜR AUSSTEIGER

Exit-Deutschland ist eine Initiative, die Menschen hilft, die mit dem Rechtsextremismus brechen und sich ein neues Leben aufbauen wollen. Sie werden auf freiwilliger Basis unterstützt mit Maßnahmen zur Sicherheit, Reflexion, sozialen Diensten und Arbeitsmarktintegration, die die Beratungsstelle als kooperative Begleitung anbietet. Exit arbeitet politisch und fachlich überparteilich und unabhängig von staatlichen Stellen, Polizei, Verfassungsschutz und Justiz. Die Initiative gibt es seit zehn Jahren. Seitdem konnte rund 600 Menschen beim Ausstieg geholfen werden. Zur Prävention dient auch der „Aktionskreis Exit“: Aussteiger, die an Diskussionsrunden teilnehmen und in Schulen gehen, als „lebende Counternarrative“ (www.exit-deutschland.de).

Basierend auf den Erfahrungen von EXIT wurde 2011 **Hayat-Deutschland** gegründet, eine Initiative der ZDK Gesellschaft Demokratische Kultur. Hayat (Türkisch und Arabisch für Leben) ist bundesweit die erste Beratungsstelle für Angehörige von Menschen, die sich salafistisch radikalisiert oder sich dem militanten Dschihadismus angeschlossen haben. Begleitet werden hier zunächst die Angehörigen, denen Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. In einem zweiten Schritt wird dann versucht, auf die radikalisierte Person zuzugehen. Natürlich können sich letztere auch direkt an die Berater wenden (www.hayat-deutschland.de).

was nach der Wende versäumt wurde zu tun.“ Dem rechten Mob seien damals, zum Beispiel 1992 in Rostock-Lichtenhagen, als ein Heim für vietnamesische Arbeiter über Tage Angriffen ausgesetzt war und die Polizei viel zu spät eingriff, keine Grenzen gesetzt worden. „Wenn man Bestimmtes nicht beendet und Grenzen setzt, kann Radikalismus immer weiter gehen“, erklärte Heinz.

Ausgrenzung vermeiden

Was kann man tun? Die Experten kamen überein, dass Politik und Gesellschaft Ausgrenzung vermeiden und die Integration unbedingt fördern muss. Durch präventive psychologische Interventionen müssten vor allem junge Menschen aus Risikogruppen am Einstieg in radikale Organisationen gehindert werden. Auch der Ausstieg aus diesen Organisationen sollte erleichtert werden, weil der IS und rechte Gruppen gleichermaßen damit drohten, dass bei einem Ausstieg das Nichts komme. Initiativen wie Exit-Deutschland, die sich um Menschen kümmern, die aus der rechten Szene aussteigen wollen, leisten hier gute Arbeit. Und auch Hayat-Deutschland, die bundesweit erste Beratungsstelle, die sich um radikalisierte Islamisten und deren Angehörige kümmert, hilft, dem Phänomen entgegenzuwirken (*Kasten*). Fabian Wichmann von Exit sagte: „Wir brauchen radikale Aufklärung und wir müssen wehrhaft sein.“

Einig waren sich die Diskutanten auch, dass der Einfluss der sozialen Medien wie Facebook auf die Schürung von Hass und Fremdenfeindlichkeit unterbunden werden muss. „Das Internet muss unter das Regulat demokratischer und juristischer Initiativen“, forderte Huber.

Schließlich müssten die Entstehungsprozesse von Radikalität und Extremismus verstärkt disziplinübergreifend erforscht werden, um daraus zu folgern, wie solche Entwicklungen verhindert werden können. Adli forderte: „Es ist höchste Zeit, sich diesem Phänomen aus psychiatrisch-psychologischer und Public-Health-Perspektive zu nähern.“

Petra Bühring